

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano Bunte

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Frau Cornelia Harrer Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Frau Stella Shcherbatova Synagogengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski auf Vorschlag der SPD

Frau Lisa Steinmann SPD

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Herr Dimitri Rempel Einheit

Frau Annelie Appelman doMS e.V.

Herr Carl-Wilhelm Rößler

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-
politik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Karl-Gerhard Bachmann

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Frau Ulrike Volland-Dörmann

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Bärbel von der Linde

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Herr Benzion Wieber

Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund
3993/2011

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur "Instrumentenreform im Rahmen des SGB II"
TOP 10.4 der Sitzung vom 12.07.11, AN 1371/2011
3734/2011

3.3 Anfrage Herr Ladenberger zu TOP 7.4 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.09.2011 bez. Gemeinsamen Arbeitgeber-Service und Ausbildungsplätzen
4359/2011

3.4 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
4237/2011

4 Mitteilungen

4.1 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010
2627/2011

- 4.2 "Wohnraumförderung NRW" Ratsbeschluss vom 01.03.2011, TOP 3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/0441/2011
Resolution an die Landesregierung
4145/2011
- 4.3 Forderungen des Rates der Stadt Köln zur Instrumentenreform SGB II und SGB III
Ratsbeschluss vom 14.07.2011
3724/2011
- 4.4 Studie "Wir sind Eltern!" zur Lebenssituation von Kölner Regenbogenfamilien, Die Unterlagen wurden ihnen mit Datum 31.10.2011 zugestellt
4211/2011
- 4.5 Wahl zur Kölner Seniorenvertretung 2011
4255/2011
- 4.6 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich
3801/2011
- 4.7 Kennzahlenvergleich 2010 der großen Großstädte Deutschlands
3967/2011
- 4.8 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010
4403/2011
- 4.9 Sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch an Menschen mit Lernschwierigkeiten oder psychischen Behinderungen
hier: Anfrage von Herrn Peil in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 4. Oktober 2011, als Mitteilung für den Ausschuss Soziales und Senioren
4416/2011
- 4.10 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln
zuletzt:
TOP 4.15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.09.2011
4323/2011
- 4.11 SeniorenNetzwerke 2011/Ausblick 2020
4461/2011
- 5 Wohnen**
- 5.1 Wohnen in Köln, Statistik Ausblick 2011
4041/2011
- 5.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung (für frei finanzierten Wohnraum) und Überlassungsverordnung
4159/2011

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
4518/2011

7 JobCenter Köln

7.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. zu den Arbeitsbedingungen und -verträge im
Jobcenter Köln
2793/2011

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2011
4279/2011

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Anträge zum Bildungspaket der
Bundesregierung"
AN/0909/2011

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Senkung der Kosten der Unter-
kunft"
AN/1753/2011

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

11.1 Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in
der Schule auffällig werden - eine Leistung die vom Therapiezentrum Köln
und dem Kinderzentrum Porz erbracht wird
3631/2011

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Köln-Pass: Erweiterung des Berechtigtenkreises
4128/2011

- 13.2 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Ausschusses für
Soziales und Senioren
4437/2011
- 14 **Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 15 **Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund 3993/2011

Frau Hoyer dankt für die Beantwortung und macht darauf aufmerksam, dass bei der Umsetzung die Kommune darauf achten soll, dass das Geld auch bei den Kommunen ankommt.

Herr Helling fragt nach, ob es Planungen geben könnte, dass die Bundesbeteiligung an der Grundsicherung zurückgefahren wird und die Kommunen alleine die Kosten des Bildungspaketes zu tragen hätten.

Frau Reker weist darauf hin, dass dies augenblicklich Spekulation ist. In der Vergangenheit aber öfter Entscheidungen vom Land oder Bund getroffen worden sind, bei denen in der Folge Kommunen die finanziellen Lasten zu tragen hatten.

Hr. Dr. Schulz stellt fest, dass es momentan nicht gesichert sei, dass die im Vermittlungsausschuss verabredete Regelung, dass der Bund 2012 - 45%, 2013 - 75% und 2014 - 100% übernimmt eingehalten werden könne. 2014 soll es zu einer Abrechnung des Jahres 2012 kommen. Dies würde bedeuten, dass es zu keiner 100% Erstattung für die Kommune kommen würde. Die Kommunalen Spitzenverbände positionieren sich bereits gegen diese Maßnahme.

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion zur "Instrumentenreform im Rahmen des SGB II" TOP 10.4 der Sitzung vom 12.07.11, AN 1371/2011 3734/2011

Herr Helling bittet darum diese Mitteilung auch in den Finanzausschuss zu geben. Zusätzlich fragt er an, wann die Beirats- und Sozialausschussberatung stattfindet.

Frau Reker antwortet, dass die vorliegende Mitteilung überholt ist. Das Integrationsprogramm für nächstes Jahr wurde nicht im Beirat behandelt da es noch nicht vorliegt.

Frau Hollmann fragt an, wie die praktische Planung zu dem Beschäftigungsprogramm in der Verwaltung aussieht und wie man bei der geringen Kommunalen Förderung bei dem Projekt „wir im Quartier“ weiter kürzen könne.

Frau Reker antwortet, dass sie alle kommunalen Maßnahmen befürwortet. Allerdings sei sie nicht die Beschäftigungsdezernentin. Sie versuche darauf hinzuwirken, dass es kommunale Beschäftigungsförderungsmaßnahmen gebe. Bei den unterschiedlichen Bedarfsanforderungen muss genau hingesehen werden, wie das Geld ausgegeben werden könne. So wäre es zu befürchten, dass dieses Projekt „wir im Quartier“ ein-

gestellt werden müsste. Hier gibt es Entwürfe aber keine abschließende Entscheidung.

Herr Dr. Schulz schlägt ggf. eine Sondersitzung des Ausschusses vor, für den Fall, dass ein Integrationsprogramm vorliegt. Zusätzlich warnt er davor, die Instrumentenreform mit der kommunalen Förderpolitik zu verknüpfen.

Frau Gärtner erinnert daran, dass die Politik über aktuelle Entwicklungen informiert werden sollte.

Frau Hoyer erläutert, dass man bei der Förderpolitik auch die aktuelle finanzielle Haushaltssituation nicht aus den Augen verlieren darf.

Herr Kersjes sagt, dass es nicht nur eine Frage des Haushaltes ist, sondern, dass es einen Zielkonflikt gibt, der aus der Instrumentenreform und der Notwendigkeit für alle Langzeitarbeitslosen ein Angebot zu schaffen resultiert. Wenn der Bund dies nicht mehr leistet dann müsse sich die Kommunal-Politik darum kümmern. Für diese Diskussion müsse das strategische Integrationsprogramm vorliegen.

Herr Krücker unterstützt den Wunsch nach einem Integrationsprogramm.

Herr Helling weist darauf hin, dass selbst wenn die gesetzliche Grundlage so sein sollte, dass der Ausschuss für Soziales und Senioren kein Recht hat dieses Integrationsprogramm vor zu beraten so möchte er dennoch, dass der Ausschuss das Integrationsprogramm berät und Stellung bezieht bevor es in der Trägerversammlung beschlossen wird. Dies sollte ebenfalls dem Beirat zugesagt werden.

3.3 Anfrage Herr Ladenberger zu TOP 7.4 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.09.2011 bez. Gemeinsamem Arbeitgeber-Service und Ausbildungsplätzen 4359/2011

Der Ausschuss nimmt die Antwort ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.4 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 4237/2011

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

4 Mitteilungen

4.1 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010 2627/2011

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 "Wohnraumförderung NRW" Ratsbeschluss vom 01.03.2011, TOP 3.1.4
Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion AN/0441/2011
Resolution an die Landesregierung
4145/2011**

Herr Schleicher teilt mit, dass aktuell 25 Mio Euro Landesfördermittel überwiesen wurden damit sind gesamt 57 Mio Euro bereits da. Er geht davon aus, dass noch ein Nachschlag von 8 Mio Euro kommt, so dass das erwartende Ziel von 65 Mio Euro aus dem Landeskontingent erreicht werde.

**4.3 Forderungen des Rates der Stadt Köln zur Instrumentenreform SGB II-
und SGB III
Ratsbeschluss vom 14.07.2011
3724/2011**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.4 Studie "Wir sind Eltern!" zur Lebenssituation von Kölner Regenbogen-
familien, Die Unterlagen Wurden ihnen mit Datum 31.10.2011 zugestellt
4211/2011**

Frau Wilden glaubt, dass Kinder nicht von homosexuellen Eltern erzogen werden möchten und stellt die Studie in Frage, da keine Kinder befragt wurden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass das deutsche Adoptionsrecht als erstes immer das Wohl des Kindes in den Vordergrund stellt.

Frau Brauckmann freut sich über die gelungene Studie. Als konkrete Fragen bleiben aber folgende Punkte: 1. Was für einen Gestaltungsspielraum gibt es in der Pflegekind-Vermittlung? 2. Wie modern ist das Familienbild?

**4.5 Wahl zur Kölner Seniorenvertretung 2011
4255/2011**

Frau Kleinpass-Börschel merkt an, dass jugendliche Sechzigjährige bemängelten, dass die Wahlunterlagen nicht mit der Rathauspost verschickt werden konnten.

**4.6 Entwicklung der Fallzahlen im Sozialbereich
3801/2011**

**4.7 Kennzahlenvergleich 2010 der großen Großstädte Deutschlands
3967/2011**

Frau Gärtner bittet etwaige Widersprüche zwischen TOP 4.6 und TOP 4.7 bis zur nächsten Sitzung zu klären.

4.8 Gemeinsamer Bericht über die Clearingstellen für das Jahr 2010 4403/2011

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.9 Sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch an Menschen mit Lern- schwierigkeiten oder psychischen Behinderungen hier: Anfrage von Herrn Peil in der Sitzung des Gesundheitsausschus- ses am 4. Oktober 2011, als Mitteilung für den Ausschuss Soziales und Senioren 4416/2011

Herr Helling bittet darum, dass die Vorlage in die Stadt AG Behindertenpolitik weiter-
geleitet wird.

4.10 Entwicklung des Zuzugs von Flüchtlingen nach Köln zuletzt: TOP 4.15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 22.09.2011 4323/2011

Frau Gärtner möchte wissen, welche Personengruppen nach Köln kommen.

Frau Dahmen antwortet, dass 60% der Flüchtlinge aus Nachfolge-Staaten des Ex-
Jugoslawiens kommen. Mehr als 17% der Menschen kommen aus Iran, Irak, Afgha-
nistan. Die übrigen Herkunftsländer sind mit je unter 10 Personen in dem Kontingent
vertreten. Unter den Flüchtlingen befinden sich keine EU-Bürger.

Frau Blümel weist darauf hin, dass in der Mitteilung davon die Rede ist, dass Zelte für
die Notunterbringung aufgestellt werden könnten. Dies wäre aus humanitären Grün-
den, besonders im Winter, nicht hinzunehmen. Alle anderen Unterbringungsmöglich-
keiten wären besser als Zelte.

Der Vorsitzende Herr Paetzold, Frau Reker und Herr Schleicher erläutern, dass
selbstverständlich zunächst alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft würden und
dass die Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten nur die Ultima ratio wäre, wenn es
darum ginge, größeren Schaden von den Menschen abzuwenden.

Frau Hoyer fragt nach der aktuellen Zuwanderungsquote. Sie fragt weiter, ob die
Flüchtlinge, die Köln als Transitstation nutzen, dazu gezählt werden.

Frau Dahmen antwortet, dass die Grundlage für die Zuweisung nach Köln die Bun-
desweite „Königssteiner Formel“ ist. Dabei werden die Bundesländer entsprechend
der Einwohnerzahl und Einkommen klassifiziert. Für NRW bedeutet dies eine Zuwei-
sung von 21,7% der bundesweiten Flüchtlinge. Auf dieser Basis erfolgt die Verteilung
für Köln.

Frau Stahlhofen fragt wie viele Flüchtlinge aus Afrika nach Deutschland kommen und
dann Köln zugewiesen werden.

Frau Dahmen berichtet, dass es aktuell noch keine Zahlen darüber gibt, wie viele sog. Kontingent-Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen werden. Der Bund verhandelt nach der Festlegung der Zahl dann mit den Ländern über die Verteilung. Diese Kontingent-Flüchtlinge sind in den o.g. Zahlen noch nicht enthalten.

Frau Gärtner regt an, dass ausreichendes und ggf. auch zusätzliches Personal in der Verwaltung sich dieses Thema annimmt.

Frau Reker antwortet, dass dies nicht nur auf die Ausländerbehörde zuträfe.

Herr Krücker erinnert, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen angeregt hat, dass die Verwaltung dafür Sorge tragen solle, dass die Unterbringung der Flüchtlinge sozialpolitisch flankiert wird. In den einzelnen Stadtteilen soll dafür geworben werden, dass die Akzeptanz für die Flüchtlinge gesteigert wird.

Herr Helling mahnt an, dass ein Signal von dem Ausschuss ausgehen muss, dass Kölnerinnen und Kölner dazu stehen, Menschen in Not zu helfen.

Frau Reker erinnert an die soziale und christliche Pflicht diesen Menschen zu helfen, auch wenn man es nicht allen Nachbarschaften recht machen kann.

Die Mitglieder des Ausschusses applaudieren.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold sichert der Verwaltung die Rückendeckung des Ausschusses bei der schwierigen Aufgabe, die Flüchtlinge menschenwürdig zu versorgen, zu, auch für den Fall, dass es zu Akzeptanzproblemen mit Anwohnern kommen sollte.

4.11 SeniorenNetzwerke 2011/Ausblick 2020 4461/2011

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Wohnen in Köln, Statistik Ausblick 2011 4041/2011

Auf die nächste Sitzung verschoben.

5.2 Nachfolgeregelungen zu der früheren Zweckentfremdungsverordnung (für frei finanzierten Wohnraum) und Überlassungsverordnung 4159/2011

Herr Schleicher erläutert, dass im Landtag die Zweckentfremdungsverordnung diskutiert wurde. Wenn sie umgesetzt würde, so würde dies die Stadt in die Lage versetzen, eine eigene kommunale Zweckentfremdungssatzung zu erlassen. Der Deutsche Städtetag erarbeitet zur Zeit eine Mustersatzung, die die Stadt ggf. übernehmen kann. Das Land wird die Stadt Köln darüber hinaus ermächtigen, eine Belegrechtsvereinbarung zu treffen. In Köln besteht z. Zt. eine sehr gut funktionierende Vereinbarung der Verwaltung mit der Wohnungswirtschaft. D.h. in Köln werden öffentlich geförderte Wohnungen in Abstimmung aber durch die Eigentümer selbst belegt. Das Hauptziel

sei, die Eigentümer zu ermuntern, weiter in den öffentlichen Wohnungsbau zu investieren.

Frau Hoyer bittet darum, dass die Mitteilung an den Stadtentwicklungsausschuss weitergegeben werde.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 4518/2011

Frau Gärtner bittet um eine bessere Veranschaulichung des Zeit-Maßnahmeplanes.

Frau Reker sagt zu, dies als Anregung weiter zu geben.

Herr Helling fragt nach der neuen Projektkonzeption bei E-sports. Kann bei dem Projekt Heimspiel das Thema online Sucht in das Projekt E-Sports integriert werden? Gibt es einen aktuelleren, als den vorliegenden Sachstand.

Frau Reker antwortet, dass kein Vertreter der entsprechenden Fachverwaltung anwesend ist und die Frage deshalb nicht beantwortet werden kann.

Herr Helling fragt weiter, wie es um die Weiterentwicklung des internationalen Geschäftshauses bestellt ist. Der Sachstand scheint sich nicht weiter zu entwickeln. Bei dem Thema Baustoffrecycling konnte das ursprüngliche Konzept nicht realisiert werden, es sollte ein Ersatzprojekt geprüft werden. Er fragt an, wie weit die Prüfung fortgeschritten sei.

Frau Reker bemüht sich um eine Antwort zur nächsten Sitzung.

7 JobCenter Köln

7.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. zu den Arbeitsbedingungen und - verträge im Jobcenter Köln 2793/2011

Frau Gärtner bittet darum, dass sich der neue Leiter im Ausschuss vorstellen möge.

Herr Dr. Schulz möchte wissen, was die Grundlage für den Betreuungsschlüssel sei. Wie viele Klienten hat jeder Sachbearbeiter zu bearbeiten?

Frau Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2011 4279/2011

Herr Ladenberger weist auf die sehr gelungene Veranstaltung und positive Auswirkung der Preisverleihung hin.

Der Vorsitzende Herr Paetzold pflichtet Herrn Ladenberger bei.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**10.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Anträge zum Bildungspaket der Bundesregierung"
AN/0909/2011**

Frau Stahlhofen dankt für das inhaltlich ausführliche Protokoll

10.2 Aktuelle Anfragen

**10.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Senkung der Kosten der Unterkunft"
AN/1753/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung behandelt.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**11.1 Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in der Schule auffällig werden - eine Leistung die vom Therapiezentrum Köln und dem Kinderzentrum Porz erbracht wird
3631/2011**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf der Grundlage der vorliegenden Leistungsbeschreibungen des Kölner Therapiezentrums und des Kinderzentrums Porz zur „Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen, die in der Schule auffällig werden“ die anteilige Finanzierung der interdisziplinären Behandlung der Kinder auf der Grundlage eines Vertrages zwischen den oben genannten Einrichtungen, dem Jugendamt und den Krankenkassen ab dem 1.1.2012.

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss Soziales und Senioren beauftragen die Verwaltung, im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2012 die notwendige aufgabenbezogene Umveranschlagung der im Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, enthaltenen Aufwandsermächtigungen von 490.000 Euro in den Teilergebnisplan 0606, Sonstige Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Köln-Pass: Erweiterung des Berechtigtenkreises 4128/2011

Frau Hoyer fragt nach, ob die Menschen, die Leistungen aus der Kriegsofopferfürsorge erhalten in Zukunft auch das Sozial-Ticket in Anspruch nehmen könnten, ohne dass diese Personengruppe auch Köln-Pass berechtigt sei. Dies würde eine Ausweitung der Köln-Pass-Berechtigten bedeuten. Damit wäre aber die ursprüngliche Systematik auf den Kopf gestellt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass es sich um eine Personengruppe von ca. 100 Menschen handelt die jährlich weniger werden. Da könnte man von der Systematik auch einmal abweichen.

Frau Gärtner stellt für die CDU Fraktion fest, dass man die Vorlage abweichend verstanden hat und fragt nach, ob die Personengruppe der Kriegsofopferfürsorgebezieher damit alle Leistungen des Köln-Passes erhalten werden und beantragt für die CDU Fraktion weiteren Beratungsbedarf.

Frau Reker erläutert, dass man ursprünglich diese Personengruppe höchst wahrscheinlich einfach vergessen habe und nun versuche, diesen Fehler zu beheben.

Herr Helling sagt, dass er die Argumentation der FDP und CDU Fraktion so verstanden habe, dass die beiden Fraktionen gegen eine Erweiterung des Personenkreises sind, der den Köln-Pass beantragen dürfe. Er wünscht sich die Zustimmung aller Fraktionen, dass dieser Personenkreis, unabhängig von der Ticketfrage, in Zukunft den Köln-Pass nutzen könne. Zusätzlich stellt er fest, dass es keine abschließende Festlegung des Kreises der Köln-Pass-Berechtigten gegeben habe. Der Empfängerkreis und das Leistungsspektrum des Köln-Passes könne ständig erweitert werden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert an den demokratischen Brauch, einer Fraktion, die

Beratungsbedarf anmelde, diesen auch zu gewähren und die Vorlage dann zu schieben.

Frau Gärtner betont, dass der CDU Fraktion der zusätzliche Beratungszeitraum helfen würde, eine abschließende politische Willensbildung zu erhalten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen, dem Finanzausschuss aber die Voten der bereits beschlussbereiten Fraktionen mitzuteilen.

Er fragt diese Voten ab: Die Fraktionen von SPD, Grünen und Pro Köln votieren für die Beschlussvorlage, die FDP votiert gegen den Beschluss dieser Vorlage, die CDU Fraktion hat noch kein abschließendes Votum.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten des Köln-Passes um Kölnerinnen und Kölner, die laufende Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz beziehen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

13.2 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes des Ausschusses für Soziales und Senioren 4437/2011

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Rat wählt

Frau Susanne Schönewolff

als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Soziales und Senioren (als Stellvertreterin von Frau Helga Blümel und Nachfolgerin von Herrn Karl-Gerhard Bachmann für das Diakonische Werk Köln und Region)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Frau Stahlhofen fragt in wie weit die Veränderung der gesetzlichen Grundlagen (Gesetzesänderung zum 01.01.2012) für das P (Pfändungsfreie Konto) Konto den Kunden auch mitgeteilt wird, da sich die Pfändungsmöglichkeiten ändern werden. Sie fragt weiter, ob eine entsprechende Aufklärung auch durch das Jobcenter stattfindet. Weiter möchte sie wissen, ob das Jobcenter und die Kindergeldstelle in dieser Sache zögerlich agieren würde.

Herr Müller-Starmann antwortet, das eine solche Aufklärung statt finden würde. Die andere Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Frau Dr. Köhler fragt ob die Akustik in Trauerhallen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist und ob die Behindertenbeauftragte in bei dieser Problematik mit einbezogen sei und ob es diesbezüglich Empfehlungen von ihr dazu gebe. Sie fragt weiter ob es zutrifft, dass auf dem Prominenten-Friedhof die Akustik in den Trauerhallen erheblich besser sei als in anderen Friedhöfen. Sie möchte wissen, wer für diese Art von Anliegen der Ansprechpartner sei.

Eine weitere Frage bezieht sich auf die Bescheide der Strassen zu den Reinigungsgebühren wo die Mieter im Genossenschaftsbereich für vier Strassen statt für Frontmiete zahlen sollen. Sie sagt, dass die Auswirkungen der betreffenden Bescheide eine Kostensteigerung von über 600% beinhalten würden.

Herr Paetzold sagt zu, dass die Verwaltung die Anfragen an den hier zuständigen Umweltausschuss weiterleitet.

Herr Kersjes fragt zur Fortsetzung des Rahmenkonzeptes Lebenswerte Veedel Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln nach, warum keine finanziellen Mittel im Haushaltsplan 2012 für dieses Projekt vorgesehen sind und wie sich die Verwaltung ohne finanzielle Mittel die Fortsetzung des Projektes vorstellt.

Frau Reker erläutert, dass in der Tat Mittel für dieses Konzept bislang nicht im Haushalt eingestellt seien. Die Verwaltung gehe allerdings davon aus, dass dieses wichtige Projekt weitergeführt werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold hält fest, dass es dann offensichtlich Teile der Verwaltung gebe, die keine finanziellen Mittel für dieses Projekt bereit stellen wollen.

Frau Hollmann fragt, ob die neue Leiterin der Agentur für Arbeit, Frau Stock, in den Ausschuss eingeladen werde und stellt die weitere Frage ob es möglich sei z.B. einmal im Quartal, einen regelmäßigen Sachstandsbericht über das Bildungs- und Teilhabepaket zu erhalten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt eine positive Beantwortung beider Fragen zu.

Herr Helling fragt nach warum es keinen aktuellen Sachstandsbericht über die gestrichene Stelle

„technische und bauliche Barrierefreiheit“ beim Büro der Behindertenbeauftragten vorliege. Er fragt weiter nach wie die Aufgabenerfüllung künftig geregelt sei.

Frau Reker versucht zur nächsten Sitzung eine Antwort zu legen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist mit Hinweis auf das letzte Protokoll darauf hin, dass in einer der nächsten Sitzungen dieser Punkt wieder auf die Tagesordnung komme und stellt anschließend die nicht Öffentlichkeit her.